

RATHAUSREPORT

Abriss statt „behutsame Annäherung“

LINKE will Potsdamer befragen, ob „Mercure“ bleibt

Die SPD-Fraktion konnte sich zurücklehnen bei der emotionalen Debatte um den Abriss des Hotels „Mercure“. Sie wusste, Grüne und CDU werden die möglicherweise unpopuläre Arbeit schon machen. Und sie taten es, die Rathauskooperation funktionierte, ohne dass die SPD in der Diskussion Stellung bezog. Die als „Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgraten“ verbrämte Absicht, das Hotel „Mercure“ zu erwerben und abzureißen, bekam die mögliche Mehrheit der Rathauskooperation, ohne die Gegenargumente überhaupt zu hören, geschweige denn zu durchdenken.



Hans-Jürgen Scharfenberg übergab dem Oberbürgermeister 3665 Unterschriften, die eine Bürgerbefragung fordern.

Und es waren viele, die dagegen standen. Da war zunächst die Stellungnahme der Eigentümer des „Mercure“, die allen Stadtverordneten vor der Sitzung zugegangen war, die diesen schon lange währenden Eingriff in ihre Existenz und Wirtschaftlichkeit nicht weiter hinnehmen wollen und eindringlich warnten, dass sie sich wehren werden.

Es war Bernhard Wendel, einstmalig Stadtbaurat von Potsdam, der baurechtlich erläuterte, dass ein „städtebaulicher Missstand“ durch das Hotel so nicht zu belegen wäre und es andere Möglichkeiten gäbe, den Baukörper mit dem Eigentümer zusammen in die Sanierungsziele einzubeziehen.

Es war Andreas Tomczak, der als Sprecher der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ verlangte, mit solchem Finanzierungsaufwand so einen schweren Eingriff in das

Zentrum der Stadt nicht zuzulassen. Es würde die „teuerste Wiese der Nation“ entstehen, die das Zeug hätte, im „Schwarzbuch der Steuerzahler“ zu erscheinen.

Und es war Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, der daran erinnerte, dass es eine „Posse“ sei, mit der sich die Landeshauptstadt im Land präsentiere: Millionen für den Kauf auszugeben, um ein funktionierendes Hotel abzureißen, das irgendwelchen Sichtachsen im Wege steht. Und außerdem seien schon mehr als 13 Millionen ausgegeben worden für die Neugestaltung des Lustgartens im Rahmen der Bundesgartenschau 2001. Er forderte

erneut, die Potsdamer Bevölkerung zu befragen. Scharfenberg überreichte die Listen von 3665 Unterschriften, die die Fraktion innerhalb weniger Tage gesammelt hatte für eine Durchführung einer Befragung. Für Tumult und eine Unterbrechung der Stadtverordnetenversammlung sorgte Matthias Fincken (CDU), er schloss den Kreis der Argumentation der vereinigten Rathauskooperation: Schon 1990 habe man gewusst, dass diese Bauten, die für eine andere Stadt gebaut wurden, nicht stehenbleiben werden.

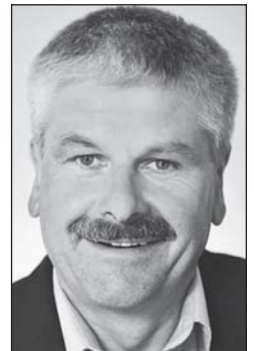
In dem Beschluss der Stadtverordneten 1990 ging es allerdings „nur“ um die „behutsame Annäherung“ an den historischen Stadtgrundriss, erinnerte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Die SPD-Fraktion hielt sich in der Debatte vornehm zurück, beobachtete und diskutierte nicht mit – und stimmte für den Abriss.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,
Das scheinbar unmögliche ist doch eingetreten:

Innerhalb von nur vier Wochen haben der Oberbürgermeister und die Rathauskooperation die Vorlage zur Sanierung der Potsdamer Mitte, das Vehikel für den Abriss des „Mercure“, durch vier Ausschüsse und



durch das Plenum gepeitscht. Alle Bedenken sind ignoriert und der unübersehbare Wille zur Beteiligung der Bürger mit Füßen getreten worden. Der Antrag der Linken für eine Bürgerbefragung ist mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt worden, obwohl ich dem Oberbürgermeister 3665 Unterschriften übergeben konnte, die innerhalb weniger Tage für eine solche Befragung gesammelt wurden. Offensichtlich sind Herr Jakobs und die Fraktionen von SPD, CDU/ANW, Grünen, Bürgerbündnis und AfD gar nicht daran interessiert, die Meinung der Potsdamer zu erfahren, weil sie Angst davor haben. Das ist ein klarer Rückschritt, nachdem die im Zusammenhang mit dem Landtagsneubau und dem Badneubau von den LINKEN durchgesetzten Bürgerbefragungen zu einer Lösung und Befriedung langjähriger Konflikte geführt haben.

Für viele ist es wie eine Posse, dass ein funktionierendes Hotel, das selbstverständlicher Bestandteil des Stadtbildes geworden ist, mit städtischen Mitteln erworben und abgerissen werden soll. Dieses großkotzige Agieren der Landeshauptstadt stößt auf viel Unverständnis im Land.

Aber noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Wir lassen nicht locker.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Kein ruhmreicher Sieg für die Rathauskooperation

Den Beschluss zum Lustgarten mit 33 Ja- und 17 Nein-Stimmen krönten wahrhaftig keine Siegesfanfaren. Es war auch keine leichte Diskussion, an deren Ende der Oberbürgermeister vielleicht immer noch



nicht erkannt hat, dass er so keine Politik machen sollte. Das heißt: das „Mercur“ auszubluten, um es dann für eine erneute Neugestaltung (2001 schon einmal für 13 Mio. Euro im Rahmen der BUGA geschehen) des Lustgartens abreißen zu können.

Die Gestaltung des Herzens unserer Stadt, welches mit seinem Gebäudemix aus verschiedenen Epochen stadtbildprägend und auch identitätsstiftend für viele Potsdamer/innen ist, hätte auf diese Art nicht entschieden werden dürfen, denn auch ein zukünftiges Stadtbild muss von den Einwohner/innen angenommen werden. Das gilt insbesondere dann, wenn man von Bürgerbeteiligung spricht und dieser dann aber entgegenarbeitet. Im Übrigen war nach der Abstimmung zum Bürgerhaushalt 2015/16 ein Vorschlag, der sich klar gegen den Abriss des Hotels positionierte, der am zweitmeisten gewählte Vorschlag. Und so kann ich ein vom OB proklamiertes „offenes, dialogorientiertes“ Werkstattverfahren nicht erkennen, wenn das Hotel in allen sieben Entwürfen keine Rolle spielen sollte. Hier hätte es andere Möglichkeiten gegeben, auch zusammen mit dem Eigentümer, über eine Neugestaltung zu sprechen.

Ich finde nicht, dass die Neugestaltung des Lustgartens auf unserer Prioritätenliste zu stehen hat. Solange es dieser Stadt offenbar an Geld mangelt, allen Schulen die Schulsozialarbeit zu finanzieren, solange sie von großen Herausforderungen für den Schulneubau spricht, solange die Mietpreise hier ins Unermessliche steigen und Familien, Senioren und weniger Verdienende aus der Stadt gedrängt werden und solange die Stadt mit immensem Autoverkehr zu kämpfen hat, bin ich enttäuscht über all die Energie, die für diese Diskussion verschwendet wird und unseren Bürger/innen vormacht, es gäbe in Potsdam nichts Wichtigeres zu bereden.

Gesine Dannenberg
arbeitet für die LINKE im Ausschuss
für Bildung und Sport

Papierkörbe Am Stern

Warum eigentlich gibt es immer wieder Beschwerden über die Entsorgung von Papierkörben? Im Wohngebiet Am Stern nahm Jana Schulze zahlreiche Beschwerden auf, die sie an die Verwaltung weiterleitete.

Andreas Goetzmann, amtierender Baubeigeordneter, erklärte, dass Mitte 2015 ein neues Vergabeverfahren für die Leistungen durch Verzögerungen nicht abgeschlossen wurde, so dass so lange die STEP und der Bereich Grünflächen die Aufgabe wahrnehme. Beschwerden könnten an die Verwaltung gerichtet werden.

Erhalt der Biosphäre Potsdam

Nach Auslaufen der Zweckbindung der Fördermittel für die Biosphäre 2017 hat die Stadt noch keine Festlegungen zur Nutzung der Biosphäre getroffen. Neben den Vorstellungen zur privatwirtschaftlichen Umnutzung sei die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung des Landes an einem Bildungszentrum zur Umweltbildung nicht in Betracht gezogen worden. Ralf Jäkel fragte deshalb, welche Bemühungen der Stadt es gebe, eine Beteiligung des Landes Brandenburg an einem Nutzungs- und Finanzierungskonzept für die überregionale Wirkung der Biosphäre zu erreichen?

Andreas Goetzmann verwies darauf, dass der Weiterbetrieb bereits geprüft worden ist und die dringende Hallensanierung nur privatwirtschaftlich als möglich angesehen wurde. Eine dauerhafte touristische Nutzung komme somit nicht in Betracht. Die Variante, eine Schule und Freizeitmöglichkeiten in die Biosphäre zu integrieren, sei die realisierbare Variante. Er werde den Hauptausschuss über das weitere Vorgehen informieren.

Bushaltestellen Behringstraße

Den Zustand der Bushaltestelle in der Behringstraße in Babelsberg Nord bemängelte Michél Berlin. Er fragte, ob die ViP eine Ertüchtigung der Bushaltestellen in der Behringstraße in der Planung habe.

Andreas Goetzmann stellte zunächst klar, dass nicht die ViP, sondern die Landeshauptstadt für die Haltestellen zuständig sei. Eine Prüfung des Zustandes sei veranlasst, es sei jedoch nur möglich, kleinteilige Maßnahmen im Rahmen der Unterhaltung und Instandsetzung durchzuführen. Investitionen seien nicht möglich.

ÖPNV in Groß Glienicke

Durch die erfolgreiche Vermarktung der Grundstücke in der Waldsiedlung und die Flüchtlingsunterkunft im Haus 5 der Waldsiedlung wurde die Zahl der potentiellen Fahrgäste für den Öffentlichen Personennahverkehrs erhöht. Wie wird diese Tendenz in der künftigen Fahrplan- und Liniengestaltung berücksichtigt, fragte Peter Kaminski.

Wenig aussagekräftig war die Antwort von Andreas Goetzmann, der auf notwendige finanzielle Beteiligung des Landkreises Havelland für die Linie über Seeburg nach Spandau und die Einrichtung eines Linientaxis vor allem für die Schülerbeförderung verwies.

Uferbeauftragte

Die Uferbeauftragte der Landeshauptstadt, die vor allem die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Enteignungsverfahren zur Herstellung eines öffentlichen Uferweges in der Hand hatte, hat ihre Tätigkeit für die Stadt aufgegeben. Wann werde diese Stelle wieder besetzt, fragte Peter Kaminski.

Die bisherige Uferbeauftragte habe zum 29. Februar 2016 ihre Tätigkeit für die Stadt beendet, informierte der Oberbürgermeister, die Aufgabe werde seitdem von der Fachbereichsleiterin Frau Krusemark wahrgenommen. Auf Nachfrage erklärte Jann Jakobs, dass die Arbeitsbelastung derzeit nicht mehr als eine halbe Stelle ausmache, die ohne weitere Kräfte realisiert werden kann.

Fete de la Musique

Sascha Krämer wollte wissen, warum die Stadt für dieses Musikfest 2017 nur 10.000 statt der beantragten 20.000 Euro bewilligt hat. Dieses ehrenamtlich organisierte Fest einer lebendigen Kulturszene locke Tausende Menschen auf die Straßen – gleichzeitig werde eine private Modemesse mit einigen Tausend Euro von der Stadt gefördert.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass mit dem Kulturausschuss vereinbart worden ist, dass sämtliche ehrenamtlich organisierten Kulturveranstaltungen im Sinne der Gleichbehandlung maximal je 10.000 Euro Förderung erhalten. Wegen der besonderen Bedeutung der Fete de la Musique sei man dabei, andere Möglichkeiten zu finden, um die Veranstaltung finanziell zu entlasten.

Einwohnerversammlung im Zentrum Ost

Im Zusammenhang mit der Schließung des Anschlusses von der Nuthestraße zum Humboldtring hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, eine Einwohnerversammlung zum Verkehrskonzept Zentrum Ost durchzuführen. Wann wird diese stattfinden, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Die Einwohnerversammlung zum Verkehrskonzept Zentrum Ost wird am 22. April 2016 um 17 Uhr in der Mensa der Lenné-Gesamtschule stattfinden. Die Einwohner werden per Hauswurfsendung dazu eingeladen, teilte Andreas Goetzmann mit.

Im Konsens überwiesen

Öffnung der Verkaufsangebote durch die Pro Potsdam

Die Pro Potsdam wird gebeten, bei der Ausschreibung von Grundstücken die Fraktionen an der Öffnung der Gebote zu beteiligen. Damit soll das seit längerem bei dem Verkauf städtischer Grundstücke praktizierte Verfahren auch hier Anwendung finden und die Transparenz der Verkäufe weiter erhöhen. Dazu berät nun der Hauptausschuss.

Beschlossen

Erhalt der Festfläche im Lustgraten

Vor der Entscheidung über die „Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgarten“, die faktisch die Absicht formulierte, das Hotel „Mercure“ zu erwerben und abzureißen, hatte die LINKE den Antrag gestellt, die Festfläche im Lustgarten so zu erhalten, dass die Frühlings- und Herbstfeste des Schauspielerverbandes weiterhin uneingeschränkt und in vollem Umfang durchgeführt werden können. Der Antrag wurde beschlossen, allerdings die Formulierung „uneingeschränkt und in vollem Umfang“ wurde auf Antrag der CDU gestrichen.

Kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Ehrenamtskarte

Beschlossen wurde der Antrag der LINKEN zu prüfen, den Inhabern einer Ehrenamtskarte die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs kostenlos zu ermöglichen. Im Finanzausschuss war der Antrag damit ergänzt worden, die Vereine und Stadtverordneten in die Prüfung einzubeziehen sowie die Finanzierung im Doppelhaushalt 2017/18 zu prüfen.

Zusatztafel für Damaschkeweg

Das Straßenschild Damaschkeweg (Ecke Heinrich-Mann-Allee) wird mit einer Zusatztafel versehen, auf der die Verdienste von Adolf Damaschke als Pädagoge und Führer der Bodenreformbewegung gewürdigt werden. Der Damaschkeweg führt durch die Siedlung „Eigenheim“, deren Entstehung eng mit dem Wirken Damaschkes verbunden ist. Über den Stand der Umsetzung des Beschlusses soll die Verwaltung im Juni 2016 berichten.

Freies WLAN im Rathaus

Der Antrag der LINKEN, im Zuge der Sanierung des Hauses ein öffentliches WLAN-Netz im Stadthaus zu installieren, wurde beschlossen. Der Anschluss soll im ersten Halbjahr 2017 zur Verfügung stehen.

Abfallkalender

Ein gedruckter Abfallkalender soll an alle Haushalte verteilt werden. Diesen Antrag der LINKEN beschloss die SVV, damit die Einwohner der Landeshauptstadt bei der Fülle von sortierten Abfällen und Terminen eine bessere Orientierung über den Entsorgungsrhythmus in ihrem Wohngebiet bekommen.

Erledigt

Besetzung der Schul-Sekretariate

Mit dem Antrag der LINKEN sollte erreicht werden, dass Schulen, in denen eine größere Zahl von Flüchtlingskindern lernt, zusätzliche Wochenstunden für die Verwaltungsarbeit zur Verfügung gestellt werden. Die

Abgelehnt

Verkehrsoptimierung

Den Antrag, den Verkehrsknoten am Hauptbahnhof zu optimieren, hatte schon der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr mehrheitlich abgelehnt. Ralf Jäkel bekräftigte den Antrag der LINKEN in der SVV, weil im Ausschuss zwar Möglichkeiten der Optimierung gesehen wurden, aber offensichtlich kein Interesse bestand, diese weiter zu prüfen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Verkehrstisch ignoriert

Ohne weitere Diskussion wurde der Antrag der LINKEN abgelehnt, die vom Verkehrstisch Potsdam erarbeiteten alternativen Vorschläge für die Gestaltung der Verkehrsanlagen der Straßenbahn im Bereich Heinrich-Mann-Allee/Friedrich-Engels-Straße/Hauptbahnhof zu prüfen.

Skaterhalle

Abgelehnt wurde der Antrag der LINKEN, den Bau einer Skaterhalle in der Stadt zu prüfen, um der Rollsportszene eine witterungsunabhängige ganzjährige sportliche Betätigung zu ermöglichen. Da der Vorschlag schon im Hauptausschuss abgelehnt worden war, weil die Stadt keine Halle bauen könne, wies Hans-Jürgen Scharfenberg darauf hin, dass es auch andere Möglichkeiten der Realisierung gebe. Er hoffe auf die Aufgeschlossenheit der Stadtverordneten.

Dringlichkeitsantrag abgelehnt

Uferweg Speicherstadt

Die LINKE hatte den Bau des Uferweges am Wasserwerk in der Speicherstadt als Dringlichkeitsantrag eingereicht, weil kurzfristig über die Presse öffentlich wurde, dass die Stadt das Projekt in zweiter Priorität für den Stadt-Umland-Wettbewerb eingereicht hat. Das widerspreche der Beschlusslage der SVV, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den Dringlichkeitsantrag. Mit der Annahme eines haushaltsbegleitenden Antrages der LINKEN zur Haushaltssatzung war im Mai 2013 beschlossen worden, dass die für die Realisierung des Uferweges erforderlichen Mittel im Haushalt 2015/2016 vorzumerken sind. Im November 2014 wurde dann zu einem weiteren Antrag erklärt, dass die Verwaltung die Summe nicht kennt und diese demzufolge nicht in den Haushalt eingestellt werden kann. Mit der Begründung, dass sich die Verwaltung kümmert, wurde der Antrag der LINKEN dann von den anderen Fraktionen für erledigt erklärt. Da die Haushaltsdiskussion 2017 noch Zeit habe, wurde der Antrag als dringlich abgelehnt und nicht in der Sitzung diskutiert.

zuständige Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski teilte mit, dass die Aufgabe derzeit durch den Einsatz von drei „Springern“ nach Bedarf realisiert werden kann.

Der Antrag wurde damit als erledigt bezeichnet.

Überwiesen in Ausschüsse

Modellversuch Zeppelinstraße

Erneut in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist der Antrag der LINKEN überwiesen worden, den Beschluss, die Zeppelinstraße im Frühjahr einzuschränken, zu revidieren. Die Verengung der Zeppelinstraße sei nicht mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark abgestimmt und auch nicht nach den neuesten Verhandlungen zu realisieren, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Zudem seien noch einige andere Bedingungen, wie die Einrichtung einer Busspur, nicht erfüllt.

Kunstwerkstatt OST

Im 2015 von den Stadtverordneten beschlossenen „Zukunftsprogramm 2019“ wurde die Schließung der Kunstwerkstatt OST vorgesehen. Inzwischen ist unbestritten, dass die Kunstwerkstatt OST eine wertvolle Arbeit in der kulturellen und künstlerischen Bildung leistet, erklärte Dr. Karin Schröter zu dem Antrag der LINKEN, die Schließung der Kunstwerkstatt aus dem Zukunftsprogramm zu streichen, da die Schließung vom Tisch ist.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass das Projekt erhalten werde, denn durch die Versetzung eines Mitarbeiters, die Erhöhung von Kursentgelten und das ehrenamtliche Engagement von Zirkelleitern seien Einsparpotentiale erschlossen worden. Da man sich nicht entschließen konnte, das Zukunftsprogramm in diesem Punkt zu ändern, soll der Kulturausschuss nun beraten.

Verantwortung der STEP erweitern

In den Ausschüssen soll geprüft werden, in welchem Umfang die Verantwortung der STEP bei der Abfallentsorgung erweitert werden kann. Insbesondere orientiert der Antrag der LINKEN darauf, inwieweit die STEP die Öffentlichkeitsarbeit, die Informationen an die Haushalte und die Erhebung und Einziehung der Abfallgebühren auf der Grundlage der von den Stadtverordneten beschlossenen Satzung wahrnehmen kann.

Erhaltung der Biosphäre

Ralf Jäkel begründete den Antrag der LINKEN, parallel zur aktuellen Prüfung einer Nutzung als Schule auch eine neues zukunftsfähiges Konzept zum dauerhaften Weiterbetrieb der Biosphäre als touristische und bildungspolitische Einrichtung zu prüfen. Bisherige Überlegungen berücksichtigten die überregionale Funktion der Biosphäre und die Einbeziehung des Landes zu wenig. Es sei auch ein Mix aus öffentlicher und privatwirtschaftlicher Finanzierung einzelner Module möglich. Erfahrungen gleichartiger Einrichtungen seien zu ermitteln.

Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr:

14. und 21. März 2016; 04., 11. und 18. 2016 (Osterferien vom 23.03. bis 01.04.2016)

19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

06. April 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen

„Rathausreport live“

10. April 2016, Beginn 10 Uhr
Haus der Begegnung, Zum Erufelssee 30, Stadtteil Waldstadt II

Ausgabe „Rathausreport“

Nummer 3/2014

Stadthaus, Raum 3.107

15. bis 20. April 2016 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

15. und 16. April 2016

Mit Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. April 2016

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 29. März 2016 ab 17 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39, Bürgerhaus Stern*Zeichen
Vorankündigungen sind möglich unter: Telefon: 0331-6005069 oder: Email:

buero.scharfenberg@gmx.de

„Schildbürgerstreiche“ und verweigerte Bürgerbefragung



Wie immer gut gefüllt war der Saal im Bürgerhaus Stern*Zeichen zum politischen Frühschoppen „RATHAUSREPORT live“ am 6. März. Mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg waren seine Stellvertreterin, Dr. Karin Schröter, und die Fraktionsgeschäftsführerin, Dr. Sigrid Müller vor Ort.

Im ersten Teil berichtete Dr. Scharfenberg über die Ergebnisse der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 2. März. Und hier stand gleich zu Beginn das Thema „Konkretisierung der Sanierungsziele für den Lustgarten“ – Abriss des „Mercure“. „Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man das Ganze als eine Posse bezeichnen. Eine Stadt will ein gut funktionierendes Hotel weg haben – hat diese Stadt keine anderen Probleme?!“, betonte Scharfenberg. Besonders prekär war, dass die Rathaus-Kooperation eine Bürgerbefragung in der Sache ablehnte. „So kann man keine Stadtentwicklung betreiben. Man muss aufeinander zugehen und keine Gräben vertiefen!“, so Scharfenberg. Darin waren sich die Teilnehmer einig. Und Klaus Felz aus der Wildeberstraße zitierte aus einem Leserbrief, den er am 3. März an die „MAZ“ geschickt hatte, in dem es u. a. heißt: „Es gibt bereits diverse ‚Schildbürgerstreiche‘ in Potsdam, wie die Einengung der Zeppelinstraße für den Autoverkehr, oder der Umbau der Halle der Biosphäre zum Schulgebäude, oder der Abriss und Neubau des Hotels ‚Mercure‘ in einer Ecke des Lustgartens. Letzteres halte ich für ‚Rufmord‘. Es ist ein unerbittlicher und

hektischer Versuch gegen die Mehrheit der Potsdamer, dieses funktionierende Hotel (ein ‚Relikt aus DDR- Zeiten!?)‘ abzureißen, um eine nicht weiter definierte ‚Wiese des Volkes‘ zu kreieren.“ Diese Gedanken erhielten breite Zustimmung im Stern*Zeichen.

Im weiteren Verlauf des Frühschoppens ging es um Probleme, die den Bereich Stern/Kirch-

steigfeld/Drewitz angehen. So der Stand der Vorbereitungen der Sanierung im 3. Bauabschnitt der Neuendorfer Straße. Es solle im Juni 2016 losgehen. „Wir wollen aber vorher noch eine Informationsveranstaltung für die Anlieger“, erklärte Scharfenberg. Eine nächste Frage war die nach dem Beginn der Sanierung der Sporthalle des Leibniz-Gymnasiums. Hiermit sei im April 2016 zu rechnen.

Schwer im Magen liegt den BewohnerInnen des Kirchsteigfeldes die geschlossene ehemalige Kaiser’s Kaufhalle. Ein Problem, das für das Wohngebiet unbedingt bald zu lösen ist. Dr. Scharfenberg stimmte dem zu und gab dazu folgende Information: Die Stadt organisiere als eine Art „Überbrückung“ temporäre Versorgung – Marktstände usw.. Doch das kann und wird nicht die Lösung für das Kirchsteigfeld sein. Dr. Scharfenberg berichtete, dass nach seinem Erkenntnisstand REWE Interesse habe sich an diesem Standort anzusiedeln. Wobei dieser dabei wesentlich aufgewertet werden soll. Dr. Scharfenberg rechnet damit, dass das Problem im 2. Halbjahr 2016 gelöst werde.

Einig waren sich alle Teilnehmer in der Kritik an der Baumfällaktion des Bauunternehmers Kirsch. Zum Verkehrsproblem am Bahnhof Medienstadt gebe es keine Lösung, berichtete Dr. Scharfenberg. Und das „unendliche Vorhaben“ Radweg Schlaatz – Stern, das bereits zur BUGA 2001 realisiert werden sollte, soll nun in diesem Jahr angepackt werden. - bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam